

Rückenwind für Kyoto-Protokoll

Russland kündigt auf UN-Weltgipfel baldige Ratifizierung an

JOHANNESBURG: Der Weltgipfel von Johannesburg hat dem Kyoto-Protokoll neuen Aufschwung verliehen und seine Verwirklichung in greifbare Nähe gerückt. Russland kündigte am Dienstag eine baldige Ratifizierung des Klimaschutzabkommens an, womit die Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt wären.

Die Delegierten des Gipfels feilten unterdessen an letzten Formulierungen für das Abschlussdokument. Nachdem es der EU nicht gelang, darin konkrete Verpflichtungen zu erneuerbaren Energien festzuschreiben, kündigte sie die Bildung einer Koalition zur Umsetzung ihrer Ziele an. «Russland hat das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, und jetzt bereiten wir seine Ratifizierung vor», sagte der russische Ministerpräsident Michail Kasjanow. China gab am Dienstag die bereits erfolgte Ratifizierung bekannt. Der kanadische Ministerpräsident Jean Chrétien hatte bereits am Montag angekündigt, das Parlament in Ottawa werde über die Ratifizierung beraten.

Bislang haben den Vertrag rund 70 Staaten ratifiziert; erforderlich sind mindestens 55. Allerdings tritt das Abkommen nur dann in Kraft, wenn die zustimmenden Länder zusammen für mindestens 55 Prozent der Ausstosses von Treibhausgasen auf dem



Der russische Ministerpräsident Michail Kasjanow informierte darüber, dass sein Land die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls vorbereite.

Stand von 1990 verantwortlich sind. Für das Erreichen dieser Quote ist die Ratifizierung durch Russland entscheidend.

Staats- und Regierungschefs aus aller Welt riefen die USA am Dienstag erneut auf, das Kyoto-Protokoll ebenfalls zu ratifizieren. US-Präsident George W. Bush hat den von seinem Vorgänger Bill Clinton unterzeichneten, vom Senat aber nicht ratifizierten Vertrag aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt.

Am Widerstand der USA und der Ölförderstaaten scheiterte auf dem Johannesburg-Gipfel auch der Vorschlag der Europäischen Union, konkrete Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien festzuschreiben. Am Dienstag kündigte die EU an, diese Ziele dennoch mit einer Koalition «gleichgesinnter Länder und Regionen» zu verfolgen. EU-Umweltkommissarin Margot Wallström erklärte, es habe bereits positive Reaktionen aus afrikanischen und lateinamerikani-

schen Ländern gegeben. Bei den Verhandlungen über die Förderung erneuerbarer Energien kam nur ein Kompromiss ohne konkrete Zielvorgaben zu Stande. Demnach wollen sich die Unterzeichner des Abschlussdokuments verpflichten, den weltweiten Anteil der Sonnen-, Wind- und Wasserenergie am Gesamtenergieverbrauch vorrangig zu erhöhen.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin sprach dennoch von einem Erfolg. Bei den erneuerbaren Energien sei zwar «nicht alles erreicht worden, was man sich von europäischer Seite wünscht», sagte der Minister im ZDF-Morgenmagazin. Aber immerhin stehe diese Frage jetzt auf der Tagesordnung. Die in Johannesburg vertretenen Umweltschutzgruppen äusserten sich hingegen enttäuscht über die Ergebnisse des Gipfels. «Es wurde zugelassen, dass die wirtschaftlichen Interessen ihren Vorrang gegenüber anderen globalen Prioritäten behaupten», sagte Kim Carstensen vom Worldwide Fund for Nature (WWF). Vom «Gipfel der Schadensbegrenzung» sprach der Naturschutzbund (NABU). Das Forum Umwelt und Entwicklung, ein Zusammenschluss deutscher Nichtregierungsorganisationen, nannte es eine schwere Enttäuschung, dass es nicht gelungen sei, «gegen den Widerstand der Dinosaurierallianz aus USA und OPEC ein gemeinsam vereinbartes Ausbauziel für erneuerbare Energien durchzusetzen».

«Grösstes Risiko seit Vietnam-Krieg»

REGENSBURG: Als «das grösste Risiko seit dem Vietnam-Krieg» hat Aussenminister Joschka Fischer einen möglichen US-Militärschlag gegen Irak bezeichnet. Über den «furchtbaren Gewalttherrscher», Staatschef Saddam Hussein, und sein Bedrohungspotenzial gebe es «keine neuen Erkenntnisse», betonte der Grünen-Spitzenkandidat in einem Interview der «Mittelbayerischen Zeitung» (Mittwochausgabe) in Regensburg. Er mahnte die USA, die Folgen eines Krieges zu bedenken: «Wenn Amerika einen Regimewechsel militärisch erzwingt und in Bagdad sitzt, beginnt es ja erst richtig.» Die US-Truppen müssten für einen langen Zeitraum in Irak bleiben, um Frieden und Stabilität zu gewährleisten. Hussein sei viel eher beizukommen, wenn mit der Zwei-Staaten-Regelung Frieden zwischen Israel und den Palästinensern hergestellt werde, sagte Fischer.

Verdacht gegen Scharping



KOBLENZ: Die Kontakte zwischen Ex-bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping und dem PR-Berater Moritz Hunzinger beschäftigen jetzt offiziell die Justizbehörden. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ermittelt gegen Scharping wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, wie der Leitende Oberstaatsanwalt Erich Jung am Dienstag mitteilte. Es geht dabei um Kleidungsstücke im Wert von angeblich rund 55 000 Mark, die Hunzinger Scharping 1999 geschenkt haben soll. Jung erklärte, Gegenstand des Verfahrens sei der Verdacht, dass Scharping von dritter Seite «Kleidungsstücke in einer gewissen Grössenordnung bezahlt bekommen und nicht in entsprechender Form versteuert» habe.

Israel erwartet möglichen Irak-Krieg ab 1. November

Irak macht Rüstungskontrollen von Bedingungen abhängig

JOHANNESBURG: Irak hat seine diplomatischen Bemühungen zur Abwehr eines US-Angriffs vor dem Weltgipfel getragen. Seine Regierung sei zu Gesprächen über eine Wiederaufnahme der UN-Rüstungskontrollen bereit, bekräftigte der stellvertretende Ministerpräsident Tarik Asis am Dienstag in Johannesburg, wo er mit UN-Generalsekretär Kofi Annan zusammentraf. Asis knüpfte die Gespräche aber an Bedingungen. Israel wies unterdessen seine Sicherheits- und Rettungsdienste an, sich auf einen möglichen Irak-Krieg ab 1. November vorzubereiten.

Zwar gebe es keine Angaben aus den USA über eine entsprechende zeitliche Planung, doch sei dieser Termin aus sachlichen Erwägungen für den Ab-

schluss der erforderlichen Massnahmen gewählt worden, sagte ein hoher israelischer Regierungsbeamter am Dienstag. Die Vorbereitungen richten sich vor allem gegen einen irakischen Raketenschlag, der für den Fall eines US-Angriffs ähnlich wie im Golfkrieg von 1991 erwartet wird. Damals verzichtete Israel nach dem Beschuss mit 39 Scud-Raketen auf militärische Vergeltung, um das Bündnis der USA mit arabischen Staaten nicht zu gefährden. Bei einem neuerlichen Angriff will Israel nach Äusserungen von Regierungsmitgliedern aber zurückschlagen. Zu der möglichen Wiederaufnahme der Rüstungskontrollen in Irak erklärte Asis in Johannesburg, nötig sei eine Gesamtlösung unter Einschluss von Verhandlungen über ein Ende der Sanktionen und die Wie-

derherstellung der irakischen Souveränität im gesamten Staatsgebiet. «Wir sind bereit, eine solche Lösung zu finden», sagte Asis. «Wir sind bereit zur Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.» Den USA warf Asis vor, nicht an einem Dialog interessiert zu sein. «Wenn die Frage so genähter Massenvernichtungswaffen eine wirkliche Sorge der Vereinigten Staaten wäre, dann könnte diese Angelegenheit vernünftig und ausgewogen behandelt werden.» In Wirklichkeit handle es sich um einen Vorwand, um einen Angriff auf Irak zu rechtfertigen. Asis fügte hinzu: «Wir bereiten uns darauf vor, unser Land zu verteidigen.» Am Rande des Gipfels traf Asis auch mit dem früheren südafrikanischen Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela zu-

sammen. Mandela riet Irak, Waffeninspektoren ohne Bedingungen wieder ins Land zu lassen, wenn gewährleistet sei, dass es sich um eine Gruppe unabhängiger Kontrolleure handle. Mandela hatte am Montag die Kriegsdrohungen der USA gegen Irak in scharfen Worten verurteilt. In Moskau beendete der irakische Aussenminister Nadschi Sabri am Dienstag seine Gespräche mit der russischen Regierung. Der russische Aussenminister Igor Iwanow bekräftigte seine Ablehnung eines militärischen Vorgehens gegen Irak. Zugleich kündigte er an, dass Russland im UN-Sicherheitsrat sein Veto gegen jeden Versuch einlegen werde, eine militärische Aktion gegen Irak zu legitimieren. Weiter sprach sich Iwanow für eine Rückkehr der UN-Inspektoren aus.

Israel: Sippenhaftung von Gericht abgesegnet

Verwandte palästinensischer Attentäter dürfen ausgewiesen werden

JERUSALEM: Der Oberste Gerichtshof Israels hat die Ausweisung von Verwandten palästinensischer Extremisten unter bestimmten Auflagen gebilligt. Danach müssen die Angehörigen eine Bedrohung der Sicherheit darstellen, urteilten die Richter am Dienstag. Menschenrechtler verurteilten die Ausweisungen als Kollektivstrafe und Verstoß gegen das Völkerrecht. Im Westjordanland wurden unterdessen zwei offenbar unbeteiligte Palästinenser von einer Panzergranate getötet.

Anlass für die Entscheidung des neunköpfigen Richtergremiums war der Fall von Intisar und Kifah Adschuri. Diese sollen gewusst haben, dass ihr Bruder Ali Adschuri, ein Mitglied der Al-Aksa-Martyrer-Brigaden, Selbstmordanschläge organisierte. Intisar Adschuri soll die Sprengstoffgürtel für die Attentäter genäht haben. Die israelische Armee hatte als Antwort auf die Anschläge bereits das Haus der Familie Adschuri zerstört. Die israelischen Streitkräfte kündigten an, die Ausweisungen heute Mitt-

woch zu vollstrecken. Die Richter blockierten aber die Ausweisung von Abdel Nasser Asidi, dem Bruder eines Hamas-Aktivisten, der in mehrere Anschläge auf Israelis im Westjordanland verwickelt sein soll. Die Richter

erklärten, die Armee habe nicht genügend Beweise vorgelegt, dass der Betroffene tatsächlich von dem geplanten Anschlag gewusst habe. Er stelle auch keine Gefahr für die Sicherheit Israels dar.



Intisar und Kifah Adschuri sollen ausgewiesen werden dürfen.

Die Anwältin Leah Tzemel kritisierte, die Erlaubnis von Abschiebungen bringe Israel in Konflikt mit dem Völkerrecht. Soldaten könnten damit auch als Kriegsverbrecher angeklagt werden. Der palästinensische Kabinettsminister Sajeb Erakat sprach von einem «schwarzen Tag für die Menschenrechte». Die Autonomiebehörde will sich möglicherweise beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und beim Internationalen Strafgerichtshof beschweren.

Der israelische Staatsanwalt Schal Nitzan sagte hingegen, Völkerrechtsbestimmungen seien nicht tangiert. Die Richter hätten befunden, dass das Westjordanland und der Gazastreifen eine territoriale Einheit seien. Die israelische Regierung sieht in der Abschiebung zusammen mit der Zerstörung von Häusern von Terrorverdächtigen eine Abschreckung von weiteren Tätern.

Bei Nablus eröffneten israelische Soldaten das Feuer auf zwei Palästinenser, die in der Nähe einer jüdischen Siedlung unterwegs waren. Einer habe eine Waffe getragen, hiess es.

FPÖ-Funktionäre wollen Parteitag

WIEN: Hunderte FPÖ-Funktionäre haben sich nach dem Streit um die geplante Steuerreform und dem internen Machtkampf in der Partei für einen Sonderparteitag ausgesprochen. Um «richtungsentscheidende» Fragen von der Parteibasis entscheiden zu lassen, verlangten etwa Bundesräte der Freiheitlichen Partei am Dienstag die Einberufung eines Sonderparteitags, wie die österreichische Nachrichtenagentur APA berichtete. Insgesamt seien schon 380 Unterschriften zusammengekommen. Die FPÖ-Spitze der Stadt Salzburg forderte APA zufolge, «Haider wieder zurück ins Boot holen». Im August hatte FPÖ-Parteivorsitzende und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer ihren Rücktritt angekündigt, sollte es zu einem Sonderparteitag kommen.

Grenzschutz gegen El Kaida

TEHERAN: Iran will seine Grenzen besser gegen das Eindringen von Mitgliedern des Terrornetzwerks El Kaida schützen. Die Regierung in Teheran einigte sich am Dienstag mit Pakistan auf die Gründung eines gemeinsamen Sicherheitskomitees. Wie das iranische Staatsfernsehen berichtete, soll dieses die gemeinsame, 909 Kilometer lange Grenze verstärkt kontrollieren. Immer wieder versuchten El-Kaida-Mitglieder, von Pakistan aus nach Iran zu gelangen.